

Die Einwanderung ist nicht an allem schuld

Die Thesen des Historikers Oliver Zimmer im NZZ-Interview rufen nach einer faktenbasierten Überprüfung

HANSUELI SCHÖCHLI

Soll die Schweiz Ja sagen zu den neuen Verträgen mit der EU? Diese Frage spaltet Parteien, Verbände und auch das Land. Zu den dezidierten Gegnern der Verträge gehört der Schweizer Historiker Oliver Zimmer, der diese Woche in einem NZZ-Interview diskussionswürdige Thesen verkündete. So bezeichnete er das Volks-Ja von 2024 zur 13. AHV-Monatsrente als «Reaktion» auf die Nichtumsetzung der an der Urne erfolgreichen SVP-Einwanderungsinitiative. Und grundsätzlich suggerierte er, dass die Einwanderung den Durchschnittsbürgern in der Schweiz schade. Und: Die unteren 50 Prozent der Bevölkerung profitierten nicht vom Wachstum. Zimmer sprach von einer «sozialen Zweiteilung in der Schweiz».

Produktivität wächst weiter

Die Beurteilung der Einwanderung hat viel mit persönlichen Empfindungen zu tun. Ein allgemein gültiges Verdikt ist deshalb kaum möglich. Aus «objektiver» Sicht lässt sich immerhin überprüfen, wie die wirtschaftliche Entwicklung seit der Einführung der Personenfreizügigkeit Schweiz - EU im Jahr 2002 verlaufen ist. Hinweise dazu liefert die Lohnstrukturerhebung der Bundesstatistiker, die alle zwei Jahre durchgeführt wird. Gemäss diesen Daten sind die Löhne in der Gesamtwirtschaft 2002 bis 2022 oben, unten und in der Mitte teuerungsbereinigt deutlich gestiegen. Der mittlere Reallohn (Median) wuchs um total gut 14 Prozent. Der Tieflohn (definiert hier als jenes Niveau, das nur von 10 Prozent der Lohnempfänger unterschritten wird) stieg um knapp 15 Prozent, und der Hochlohn (der von 90 Prozent unterschritten wird) legte um knapp 19 Prozent zu.

Die verfügbaren Haushaltseinkommen (nach Abzug obligatorischer Ausgaben wie Steuern und Krankenkassaprämien) stiegen gemessen am Medianwert von 2002 bis 2021 teuerungsbereinigt um knapp 9 Prozent; dies dürfte die effektive Zunahme wegen geänderter Erhebungsmethode unterschätzen. Die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen hat gemessen am bekannten Gini-Indikator leicht zugenommen (von 0,27 auf 0,30). Die weitaus grössten Lohnanstiege gab es laut AHV-Daten bei den obersten 2 Prozent. Dies dürfte aber wenig bis nichts mit der Einwanderung zu tun haben, sondern eher



Viele Branchen wie etwa der Bausektor sind stark auf Zuwanderer angewiesen.

STEFFEN SCHMIDT / KEYSTONE

mit kulturellen Veränderungen bei der Vergütung von Spitzenmanagern, den stärker global ausgerichteten Unternehmen und technischen Entwicklungen.

Die letzten fünf Jahre waren wirtschaftlich zum Teil schwierig. Doch die Pandemie, Russlands Angriffskrieg in der Ukraine, die damit verbundene Stromkrise und die zunehmenden geopolitischen Spannungen einschliesslich Trumps Zollkrieg lassen sich beim besten Willen nicht den Einwanderern in der Schweiz anlasten.

Inwieweit die Einwanderung seit 2002 nicht nur das Wachstum der Gesamtwirtschaft förderte, sondern via Produktivitätssteigerung auch den Wohlstand (pro Einwohner) erhöhte, lässt sich kaum schlüssig belegen. Immerhin ist die Produktivität pro Arbeitsstunde in der Schweiz von 2002 bis 2022 laut einer vom Bund bestellten Studie um gut 20 Prozent gewachsen, womit die Schweiz Rang 3 unter 8 europäischen Vergleichsländern belegte. Gemessen am Produktivitätsniveau war die Schweiz 2022 die Nummer 1 in dieser Vergleichsgruppe.

Alles in allem hat die hohe Einwanderung in den letzten zwanzig Jahren zumindest nicht verhindert, dass die Produktivität und der Wohlstand in der Schweiz deutlich gestiegen sind und dass die Löhne oben, unten und in der Mitte zugelegt haben. Die Einwanderung aus der EU ist in erster Linie eine Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Und diese spiegelt die wirtschaftliche Attraktivität der Schweiz.

Einfluss auf Wohnungsmarkt

Doch da ist die Sache mit dem «Dichtestress», den auch Oliver Zimmer im NZZ-Interview betont hat. Ein grosses Thema ist seit einigen Jahren die Wohnungsknappheit und die damit verbundenen Preiserhöhungen. Der Bundesrat hat dieses Frühjahr in einem Bericht eingeräumt, dass die Einwanderung in den letzten Jahren der klar grösste Faktor hinter dem Anstieg der Wohnungsnachfrage war.

Doch in einem funktionierenden Markt würde das Angebot früher oder später mit der Wohnungsnachfrage

mitziehen und damit den Preisanstieg dämpfen. Bisher ist das nicht passiert. Zu den oft genannten Gründen zählen Mietpreisregulierungen (welche die Knappheitssignale des Preises dämpfen) sowie die Verknappung des Baupotenzials durch Zonenplanung und durch Hindernisse für Projekte der Bauverdichtung mit langwierigen Bebauungsverfahren einschliesslich häufigen Beschwerden.

Wer die Einwanderung in den Arbeitsmarkt ohne wirtschaftliche Schäden reduzieren will, müsste als erste Massnahme das ordentliche Rentenalter erhöhen. Doch das Volk wollte dies bisher nicht. Darüber hinaus ist das Potenzial für eine stärkere Ausschöpfung des inländischen Arbeitsangebots beschränkt – auch weil der hohe Wohlstand in vielen Fällen Teilzeitarbeit ermöglicht.

Die wirksamste Massnahme zur Reduktion der Einwanderung wäre die Senkung der Schweizer Standortattraktivität für Arbeitskräfte und Firmen – etwa mit tieferen Löhnen, höhe-

ren Steuern, schlechteren Schulen, der Abschaffung der Berufslehre, dem Verzicht auf Forschung, mehr Streiks und Staus, der Beendigung politischer Stabilität und manchem mehr. Wie ein mehrheitsfähiges Programm sieht dies indes nicht aus. Am Ende sind Zielkonflikte unvermeidlich. Doch die Ehrlichkeit, dies einzuräumen, ist hüben wie drüben kaum vorhanden.

Gesuchter Link zur AHV

Ins Auge sticht auch Oliver Zimmers These, wonach das Volks-Ja zur 13. AHV-Rente der Nichtumsetzung der Einwanderungsinitiative anzulasten sei. Diese Initiative forderte zur Einwanderung «jährliche Höchstzahlen und Kontingente» und erreichte im Februar 2014 an der Urne ein knappes Volksmehr. Dass das Parlament sich weigerte, die Initiative umzusetzen, ist zweifellos ein «demokratiepolitischer Sündenfall», wie Zimmer dies sagte. Trotzdem kann man diesen Sündenfall kaum für den AHV-Volksentscheid von 2024 verantwortlich machen.

Hinweise zur Volksbefindlichkeit in Sachen Einwanderung liefern die jährlichen Befragungen von GfS Bern zum Sorgenbarometer der Credit Suisse (heute UBS). Laut diesen Befragungen war das Ausländerthema in der Bevölkerung in den Jahren vor und nach dem Urnengang von 2014 am virulentesten. Zum Zeitpunkt der AHV-Abstimmung zehn Jahre später bewegte das Ausländerthema die Leute deutlich weniger – wohl vor allem, weil die Arbeitslosigkeit tief und der Arbeitskräftemangel gross war. 2020 war überdies eine weitere Einwanderungsinitiative (Begrenzungsinitiative) klar durchgefallen.

Würde das Ausländerthema auf AHV-Abstimmungen abfärben, hätte das Volk viel eher 2016 beim Urnengang über eine fast gleiche AHV-Initiative (Erhöhung aller Renten um 10 Prozent) zustimmen «müssen». Doch jene Vorlage fiel mit knapp 41 Prozent Ja-Stimmen durch. Das ist eine grosse Differenz zu den 58 Prozent Ja acht Jahre später.

Möglich wäre dagegen ein indirekter Effekt der hohen Einwanderung auf Urnengänge: Diese könnte den gesellschaftlichen Kitt schwächen und damit den Egoismus von Stimmbürgern verstärken. Aber dies wäre wohl höchstens eines von vielen Elementen gewesen, die den Volksentscheid zur AHV beeinflussten.